

Stadt Hilden

Niederschrift

über die 6. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses am Montag, 30.11.2015 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Hans-Werner Schneller SPD

stell. Vorsitz

Herr Christian Gartmann CDU

Ratsmitglieder

Frau Sandra Kollender SPD

Frau Anne Kathrin Stroth SPD

Herr Martin Falke CDU

Frau Claudia Schlottmann CDU

Frau Sabine Kittel BÜRGERAKTION

Sachkundige Bürger/innen

Frau Henrike Lindenberg SPD

Frau Ursula Greve-Tegeler CDU

Herr René Halusiak Bündnis90/Die Grü- für Birgit Kirschke
nen

Frau Heike Limbart AfD

Frau Heidi Weiner FDP

Beratende Mitglieder

Herr Franz-Josef Verhalen Allianz für Hilden

Frau Vera Lepper Sozialdienst Kath.

Frauen und Männer e.V

Frau Pfarrerin Sonja Schüller ev. Kirche

Herr Siegfried Wagner Paritätischer Wohlfahrtsverband

Beiräte

Frau Güler Ayranci Integrationsrat

Frau Renate Hallen Behindertenbeirat

Frau Doris Sieberg Seniorenbeirat

Von der Verwaltung

Herr Beig. Reinhard Gatzke

Frau Marie-Thérèse Barbezat-Rosdeck

Frau Michaela Neisser

Frau Andrea Nioduschewski

Frau Anita Nowak-Richter

Herr Tobias Wobisch

Gäste

Herr Sven Lutter SPE Mühle e. V.

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Seniorenbericht 2015
WP 14-20 SV 50/045
- 3 Integrationsbericht der Stadt Hilden
WP 14-20 SV 50/041
- 4 Bericht zur Entwicklung der Taschengeldbörse
WP 14-20 SV 50/042
- 5 Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen
WP 14-20 SV 50/050
- 6 Effektive Integration von anerkannten Asylbewerbern endlich beginnen und berufliche Qualifikationen erfassen
- Antrag der FDP-Fraktion vom 21.10.2015
WP 14-20 SV 50/047
- 7 Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge und Asylsuchende
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.09.2015 -
WP 14-20 SV 50/040
- 8 Hilden auf dem Weg zu einer inklusiven Stadt
- Vorbereitung eines Inklusionsfachtages im Jahr 2016 -
WP 14-20 SV 50/049
- 9 Erfahrungswissen für Initiativen - Zuschuss an die AWO in dem Jahr 2016 -
WP 14-20 SV 50/044
- 10 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 11 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Zu Beginn der Sitzung wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Herr Hans-Werner Schneller, eröffnete die 6. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses um 17.00 Uhr und stellte fest, dass zu der Sitzung ordnungsgemäß eingeladen und die Sitzungsunterlagen vollständig zugegangen seien. Sodann wurde wie folgt beraten und beschlossen:

Änderungen zur Tagesordnung

Der Tagesordnungspunkt 5 - Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen - wurde vor TO 2 verschoben. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschoben sich dementsprechend.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfrage gab es keine Wortmeldungen.

1 Befangenheitserklärungen

Keine.

2 Seniorenbericht 2015

WP 14-20 SV
50/045

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss nimmt den Seniorenbericht 2015 der Verwaltung zur Kenntnis

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

3 Integrationsbericht der Stadt Hilden

WP 14-20 SV
50/041

Beschlussvorschlag:

Der Integrationsrat und der Sozialausschuss nehmen den Integrationsbericht 2015 der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

4 Bericht zur Entwicklung der Taschengeldbörse

WP 14-20 SV
50/042

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht der AWO zur Taschengeldbörse zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

5 Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen

WP 14-20 SV
50/050

Vorab stellten sich Frau Anne De Wendt (Ehrenamtskoordinatorin) und Herr Ulrich von Speicher (Johanniter) vor und informierten die Ausschussmitglieder über die Arbeit in den Erstaufnahmeeinrichtungen Hilden (NU I – Albert-Schweitzer-Schule und NU II – Ev. Kirchengelände des Internats auf dem Gelände des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums).

In der Albert-Schweitzer-Schule sind z. Zt. 131 Flüchtlinge (in den nächsten Tagen werden dort weitere 200 Flüchtlinge erwartet), im Internat des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums, welches im Zuständigkeitsbereich der Ev. Kirchengemeinde liegt, sind aktuell 67 Personen untergebracht. Eine Aufstockung auf 134 Bewohner ist im Internat möglich.

Zusätzlich informierte die Verwaltung den Sozialausschuss, dass geprüft werde, ein weiteres Gebäude zur Flüchtlingsunterbringung zu erwerben oder zu mieten.

Beschlussvorschlag:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Sozialausschuss

- der Bericht zur Flüchtlingssituation wird zur Kenntnis genommen
- die hilfsweise vorgelegten Unterlagen nach § 14 GemHVO für die Erwerb einer modularen Flüchtlingsunterkunft für den Standort Schalbruch (Bolzplatz),
- die vorzeitige Freigabe der im Haushaltsplanentwurf 2016 enthaltenen investiven Mittel (I-Nr. I261600107) für die Errichtung von Flüchtlingsunterkünften im Haushalt 2016 eingeplanten Haushaltsmittel und die damit verbundenen Mittel für die Ausstattung in Höhe von 150.000 €
- den Kämmerer zu ermächtigen, im Falle eines wirtschaftlichen Miet-Angebotes eine überplanmäßige Genehmigung der hierfür erforderlichen Mittel im Ergebnishaushalt auszusprechen. Auch diese Mittel würden im Vorgriff auf den Haushalt 2016 vorzeitig freigegeben. Über die Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2016 werden die Ansätze angepasst.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

6	Effektive Integration von anerkannten Asylbewerbern endlich beginnen und berufliche Qualifikationen erfassen - Antrag der FDP-Fraktion vom 21.10.2015	WP 14-20 SV 50/047
---	--	-----------------------

Antragstext:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die beruflichen Qualifikationen der anerkannten Asylbewerber in Zusammenarbeit mit geeigneten Ehrenamtlichen systematisch zu erfassen.

Erläuterungen zum Antrag:

Die Politik muss unterstützend dafür Sorge tragen, dass anerkannte Asylbewerber, die dauerhaft in Hilden bleiben dürfen, möglichst schnell einen geeigneten Arbeitsplatz finden.

Grundlage dafür ist die systematische Erfassung der beruflichen Qualifikationen der Asylbewerber. Erst wenn diese bekannt sind, können potenzielle Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengebracht werden. Diesen Prozess so schnell wie möglich zu vollziehen, sollte unser aller Anspruch sein.

Die Menschen, deren Asylverfahren anerkannt wurde, haben bereits eine lange Zeit der Flucht hinter sich und haben daran anschließend oft mehrere Monate in Flüchtlingsunterkünften in Deutschland verbracht, bevor sie Klarheit über ihren weiteren Lebensweg hatten. Deshalb ist es auch Aufgabe der Politik, sobald Klarheit für alle Beteiligten besteht, schnellstmöglich Asylbewerber in den lokalen Arbeitsmarkt zu integrieren.

Auch die Stadt Düsseldorf erfasst aktuell mit 200 Ehrenamtlichen systematisch die beruflichen Qualifikationen aller anerkannten Asylbewerber (Vgl. Rheinische Post vom 1. Oktober 2015).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig abgelehnt

7	Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge und Asylsuchende - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.09.2015 -	WP 14-20 SV 50/040
---	--	-----------------------

Nach einigen Rückfragen und Erläuterungen durch Herrn Gatzke wurde der Tagesordnungspunkt mit folgendem Beschluss vertagt:

Der Sozialausschuss beschließt, die Entscheidung zur Einführung einer Gesundheitskarte bis zum Ende 2016 zurückzustellen, um bis dahin Erfahrungswerte anderer Städte, die die Gesundheitskarte einführen, analysieren und bewerten zu können. Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah über den aktuellen Sachstand zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt nach Vorberatung im Sozialausschuss:

1. Der eingeschlagene „Hildener Weg“ und der damit verbundene Entwicklungsprozess zu einer inklusiven Stadt wird konsequent fortgesetzt.
2. Am 29.10.2016 wird mit Experten eine Fachveranstaltung zu dem Inklusionshandlungsfeld „Sport, Freizeit und Kultur“ organisiert.
3. In Abstimmung mit dem Experten in eigener Sache wird in der Sitzung des Sozialausschusses am 05.12.2016 ein Vorschlag für das Handlungsfeld des Fachtages im Jahr 2017 vorgestellt.
4. Im Jahr 2017 wird ein Inklusionsbericht vorgelegt, der insbesondere über die Entwicklungen, Veränderungen und Fortschritte der bisherigen Handlungsfelder informiert.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen
10 dafür
1 Enthaltung (AfD)

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss beschließt:

1. Die Berichte der AWO –Ortsverband Hilden- zum Projekt „Erfahrungswissen für Initiativen“ werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Zuschuss zur weiteren Durchführung in Höhe von 10.000 € wird ab dem Haushaltsjahr 2016 auf 6.000 € reduziert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Keine.

Keine.

Ende der Sitzung: 17:45 Uhr

Hans-Werner Schneller
Vorsitzender

Anita Nowak-Richter
Schriftführer/in

Gesehen:

Birgit Alkenings
Bürgermeisterin

Reinhard Gatzke
Beigeordneter